Niederschrift

über die 14. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Verkehr am Mittwoch, den 18.04.2018, um 17:00 Uhr im Sitzungssaal des Hauses Burgstr. 8.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Dietmar Stark

Ausschussmitglieder

Sigrid Augst-Hedderich	
Armin Barg	Vertretung für Herrn Baßler
Beate Bötte	
Horst Enneper	
Renate Greif	Vertretung für Frau Viebach
Rosemarie Kötter	
Klaus Luchtenberg	
Axel Schröder	
Rolf Schulte	Vertretung für Herrn Fischer
Felix Staratschek	
Dr. Jörg Weber	

Beratende Mitglieder

Karl-Heinz Antrecht

von der Verwaltung

Ulrich Dippel
Jochen Knorz
Frank Nipken
Wolfgang Scholl
Heike Ueberall

Schriftführerin

Sabine Unbehaun

Gast: Michael Scholz, Sparkasse

es fehlen:

Ausschussmitglieder

Alfred Baßler
Jürgen Fischer
Thomas Lorenz
Sandra Viebach

Beratende Mitglieder

Bernd Freudenberg
Klaus Haselhoff

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1.	Niederschrift über die 13. Sitzung des Ausschusses am 22.11.2017 (öffentlicher Teil)	
2.	Förderkulisse der Sparkasse Radevormwald-Hückeswagen	IV/0502/2018
3.	Markierung der öffentlichen Parkplätze an der Poststraße, auf dem Hohenfuhrparkplatz und an der Grabenstraße (Antrag der UWG-Fraktion vom 30.01.2018)	AN/0213/2018/1
4.	Bauliche Maßnahmen zur Einhaltung der Geschwindigkeitsbeschränkung Uelfestraße	BV/0553/2018
5.	Verschiedenes	
6.	Mitteilungen und Fragen	

Der Ausschussvorsitzende Dietmar Stark begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit gemäß § 8 der Geschäftsordnung fest. Er eröffnet die 14. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Verkehr um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Haus Burgstraße 8.

In dieser Sitzung wird der Schwerpunkt auf dem Bereich Verkehr liegen. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Vorsitzende darauf hin, dass es ein verändertes Verfahren geben soll, wenn die Ausschussmitglieder einverstanden sind. Der Vorsitzende möchte den anwesenden Bürgern, die auch Anwohner der Ülfestraße sind, die Möglichkeit geben, ihre Position zu TOP 4 vorzutragen. Nach dem TOP 1 bis 3 normal behandelt wurden, gibt es eine Pause, und der Raum soll von den Anwesenden nicht verlassen werden. In dieser Pause haben die Bürger die Gelegenheit, durch einen Sprecher ihr Anliegen vorzubringen. Danach wird die Sitzung wieder eröffnet. Die Ausschussmitglieder erklären sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.
Herr Staratschek bittet darum, einen ordentlichen TOP Verschiedenes einzurichten, unter welchem Beschlüsse und Anträge aus früheren Sitzungen besprochen werden können, da diese nicht in den TOP Mitteilungen und Fragen passen. Der Ausschuss kommt der Bitte nach, so wird die Tagesordnung wie folgt geändert: TOP 5 Mitteilungen und Fragen wird zu TOP 6, neu hinzu kommt TOP 5 Verschiedenes.

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 13. Sitzung des Ausschusses am 22.11.2017 (öffentlicher Teil)

Herr Staratschek bittet darum, dass in den nächsten Niederschriften alle Abstimmungsergebnisse detailliert aufgeführt werden. Dies wird zugesagt.
Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift der 13. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Verkehr einstimmig.

2. Förderkulisse der Sparkasse Radevormwald-Hückeswagen IV/0502/2018

Der Vorsitzende begrüßt noch einmal Herrn Scholz von der Sparkasse und bittet um seine Ausführungen zur Förderkulisse der Sparkasse Radevormwald-Hückeswagen.
Herr Scholz bedankt sich für die Einladung und erläutert anhand einer Power Point Präsentation, welche der Niederschrift beigefügt ist, die Förderung von verschiedenen Projekten durch die Sparkasse.
Er weist darauf hin, dass Transparenz ein wichtiges Thema ist. Die Förderung besteht aus drei Säulen:

1. Das Marketing Budget für laufende Projekte und Sponsoring.
2. PS-Lose, Gewinnlotterie für Sparkassenkunden. 0,25 Euro je Los fließen zurück an die Sparkasse. Der Gesamtbetrag, welcher sich hieraus ergibt, wird dann am Jahresende für gemeinnützige Zwecke ausgeschüttet.
   Schwerpunkte hierbei sind Schulen, Kindergärten und Vereine.
3. Die Sparkassenstiftungen. Hier sind zu nennen die Bürgerstiftung mit einem Stiftungskapital von 1,3 Millionen Euro und die Sport- und Sozialstiftung mit einem Stiftungskapital von 1,8 Millionen Euro.

Die Stiftung setzt sich zusammen aus dem Stiftungsvorstand und dem Kuratorium.
Herr Scholz kann berichten, dass in den letzten 26 Jahren insgesamt knapp 1000 Maßnahmen mit einem Ausschüttungsvolumen von rund 2,1 Millionen Euro in Radevormwald und Hückeswagen unterstützt wurden.
Bis 2017 konnten durch die Ausschüttung der Bürgerstiftung 500 Maßnahmen mit 1,3 Millionen Euro gefördert werden. Durch die Ausschüttung der Sport- und Sozialstiftung konnten 460 Maßnahmen mit 800.000 Euro gefördert werden.
Ein Schwerpunkt der Förderung liegt auf dem Kulturkreis (hier liegt der Fokus auf dem Kinder- und Jugendtheater) und den beiden örtlichen Musikschulen.
Herr Scholz weist darauf hin, dass gewisse Regeln bei der Stiftungsarbeit berücksichtigt werden müssen.
Das Antragsformular und weitere Informationen über die Satzung und den Zweck der Stiftung können im Internet auf der Seite www.sk-rade.de eingesehen werden.
Frau Greif bedankt sich im Namen des Kulturkreises für die Unterstützung durch die Sparkasse. Dank der Förderung ist jetzt auch Schultheater möglich. Sowohl die Grundschulen als auch die weiterführenden Schulen nutzen dieses Angebot.
Herr Barg begrüßt die Fördermaßnahmen, möchte aber wissen, wie sich die Förderung in Zukunft gestaltet, da das Zinsniveau sehr niedrig ist und Anlass zur Sorge gibt.
Herr Scholz stimmt dem zu und berichtet, dass der Stiftungsvorstand bis Herbst ein Konzept entwickelt, nach welchem die konservativen Geldanlagen in andere Geldanlagen umgewandelt werden sollen. Es dürfen aber keine Aktiengeschäfte sein, da die Geldanlage zu 100% kapitalerhaltend sein muss.
Es gibt keine weiteren Fragen und Anmerkungen.
Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Scholz für dessen Ausführungen.

3. Markierung der öffentlichen Parkplätze an der Poststraße, auf dem Hohenfuhrparkplatz und an der Grabenstraße (Antrag der UWG-Fraktion vom 30.01.2018) AN/0213/2018/1

Herr Barg erläutert kurz den Antrag der UWG-Fraktion zur Änderung der Markierung öffentlicher Parkplätze. Er weist auf die immer breiter werdenden Autos und die sich dadurch ergebenden Schwierigkeiten hin, wenn z. B. Türen geöffnet oder Kinder aus Kindersitzen herausgehoben werden müssen. Die UWG sei sich bewusst, dass durch veränderte Markierungen Parkplätze wegfallen. Deshalb bittet die Fraktion darum, einen Prüfauftrag zu erteilen um herauszufinden, ob eine solche Maßnahme überhaupt möglich ist.

Herr Knorz stimmt Herrn Barg zu. Heute können Autos inklusive Spiegel 2,20 Meter breit sein. Alte Parkplätze verfügen aber nur über eine Breite von 2,30 Meter, die neuen sind 2,50 Meter breit.
Parkstandsverbreiterungen, z.B. durch Ummarkierungen, hätten aber den Wegfall von Plätzen zur Folge:
Hohenfuhrplatz -6 Parkstände
Poststr. -9 Parkstände
Grabenstr. -3 Parkstände
Insgesamt werden es 18 Parkstände weniger sein.
Derzeit sind die Parkplätze baulich durch andersfarbiges Pflaster gekennzeichnet. Werden diese lediglich farblich ummarkiert, ist dem Fahrzeugführer schwer zu vermitteln, welche Markierung gilt. Das wiederum führt zu Diskussionen vor Ort mit den Außendienstmitarbeitern. Grundsätzlich muss aber eine Veränderung erfolgen. Die Verwaltung schlägt vor, die bestehenden Parkflächen so zu belassen und bei Sanierung oder Neuerrichtung öffentlicher Parkplätze größere Maßstäbe anzusetzen und so großzügigere Parkflächen zu bauen.
Herr Schröder merkt an, dass die Parkplätze alle unterschiedlich gestaltet sind und an der Poststraße demnächst 2 E-Fahrzeug-Parkplätze eingerichtet werden. Er schlägt vor, Geld in die Hand zu nehmen und die Markierung der schon vorhandenen Parkplätze zu ändern.
Frau Kötter findet den Vorschlag der Verwaltung vernünftig, erst beim Errichten von neuen Parkplätzen tätig zu werden und was bereits besteht, so zu belassen.
Herr Barg erläutert, dass Behindertenparkplätze nicht von Personen genutzt werden dürfen, die zwar in ihrer Bewegung eingeschränkt sind, z.B. durch Gehhilfen o.ä., aber deswegen keinen Behindertenausweis haben. Aber auch diese Personen brauchen mehr Platz zum Ein- und Aussteigen. Er bittet darum, einen Prüfauftrag zu erteilen, um herauszufinden, was die Maßnahme „Ummarkierung“ kosten würde.
Der Ausschussvorsitzende erklärt, dass aufgezeigt werden muss, wie sich die Situation langfristig entwickelt, auch im Hinblick auf bauliche Änderungen.
Er lässt über den leicht abgeänderten Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss:

Beschluss:
Der Ausschuss für Kultur, Tourismus und Verkehr beauftragt die Verwaltung zu prüfen, mit welchem Aufwand mittel- und langfristig die Parkstände der öffentlichen Parkplätze an der Poststraße, auf dem Hohenfuhrplatz und an der Grabenstraße verbreitert werden können.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der UWG-Fraktion einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	12 (SPD 3, CDU 4, FDP 1, UWG 1, Bündnis 90/Die Grünen 1, AL 1, pro Deutschland 1)
	Nein-Stimmen	---
	Enthaltungen	---

4. Bauliche Maßnahmen zur Einhaltung der Geschwindigkeitsbeschränkung Uelfestraße — BV/0553/2018

Herr Knorz erklärt, dass es drei mögliche Varianten der Aufpflasterung gibt, um in der Uelfestraße durch bauliche Maßnahmen die Einhaltung der Geschwindigkeitsbeschränkung zu erreichen.
Seit den 90er Jahren gab es immer wieder Beschwerden der Anwohner darüber, dass zu schnell gefahren wird und es zu viel Verkehr gibt.
Es gab keine Unfallsituationen, die eine Geschwindigkeitsbeschränkung rechtlich zulässig gemacht hätten. Bis 2017 galt in der Uelfestraße ein Tempolimit von 50 km/h. In 2017 gab es dann eine Rechtsänderung, die eine Beschränkung auf 30 km/h unter bestimmten Voraussetzungen möglich

macht. Herr Knorz zeigt auf, unter welchen Voraussetzungen die Geschwindigkeit auf 30 km/h beschränkt werden kann.
Ein generelles Tempolimit von 30 km/h ist in der Uelfestraße aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Zur Zeit ist Tempo 30 angeordnet von Mo – Fr, 7.00 bis 19.00 Uhr, und räumlich so ausgerichtet, dass sowohl die Zufahrt des Altenheims als auch der Kindergarten mit erfasst sind.
Geschwindigkeitsmessungen bei Tempo 30 ergaben, dass bei unveränderter Verkehrsmenge immer noch zu schnell gefahren wird. Darum wäre eine bauliche Veränderung, wie sie in der Vorlage beschrieben wird, sinnvoll.
Anhand von Entwurfsplänen erläutert Herr Knorz die Vor- und Nachteile der drei zur Auswahl stehenden Varianten.
Empfohlen wird die dritte Variante.
Während einer ausführlichen Diskussion werden unterschiedliche Möglichkeiten in Betracht gezogen, wie die Autofahrer dazu gebracht werden können, die Geschwindigkeitsbegrenzung einzuhalten.
Ein Vorschlag ist alternierendes Parken, dies ist aber laut Herrn Knorz nicht sinnvoll, da dies große Wechselzonen und Ausweichbereiche erforderlich macht. Zudem fielen dadurch zahlreiche Stellflächen weg. Aufgrund des Verkehrsaufkommens käme es überdies regelmäßig zu Blockadegefahr und damit Erliegen des Straßenverkehrs in der Uelfestr.
Frau Greif möchte wissen, ob nicht „Rechts vor Links“ eine mögliche Lösung sei, die auch schon in anderen Bereichen praktiziert würde.
Herr Knorz merkt an, dass dies aus verkehrlicher Sicht nicht sinnvoll ist, da es durch die sehr unterschiedlichen Verkehrsmengen u.a. zu Rückstausituationen kommen kann, die Kanzel an der Neustraße weg müsste (dadurch wieder erhöhte Geschwindigkeiten bergauf) und die Gefahr der Unfallzunahme bestehe.
Auf die Fragen von Herrn Barg und Herrn Staratschek antwortet Herr Knorz, dass es durch rechtliche Vorgaben nicht möglich ist, in der Uelfestraße die Geschwindigkeit generell auf 30 km/h zu reduzieren.
Herr Luchtenberg merkt an, dass sich durch Aufpflasterung die Geschwindigkeit nicht reduzieren lässt. Außerdem würde das ständige, durch Variante 3 hervorgerufene, Abbremsen und Anfahren den Verkehrsfluss stoppen. Er hält eine Blitzanlage für vernünftig.
Dazu merkt Herr Knorz an, dass nur der Oberbergische Kreis befugt ist, stationäre Blitzanlagen aufzustellen.
Auf die Frage, ob die baulichen Maßnahmen überhaupt finanzierbar seien, erklärt Herr Nipken, dass die Varianten 1 und 2 sich umsetzen ließen, sobald der Haushalt freigegeben wurde. Die Mittel für Variante 3 müssten erst in den Haushalt für 2019 eingestellt werden.
Der Vorsitzende merkt an, dass die sinnvollste Variante somit nur mittelfristig umsetzbar ist, und die beiden ersten Varianten schneller durchgeführt werden können.

Herr Barg zeigt die Möglichkeit auf, eine Tempo-Anzeige aufzustellen, um an die Vernunft der Autofahrer zu appellieren. Diese Anzeige müsste allerdings erst angeschafft werden, was laut Herrn Knorz auch möglich ist. Diesem Vorschlag und auch dem Vorschlag, bis zur Umsetzung der angestrebten dritten Variante mobile Kontrollen durchzuführen, welche dann ausgewertet werden, stimmen die Ausschussmittglieder mehrheitlich zu.
Der Vorsitzende fasst zusammen, dass die Varianten 1 und 2 nicht angestrebt werden. Vielmehr sprechen sich die Ausschussmitglieder dafür aus, dass eine Tempo-Anzeige angeschafft werden soll. Für die große Variante 3 sollen die Mittel in den Haushalt für 2019 eingestellt werden.
Er lässt über folgenden Beschlussantrag abstimmen:

Beschluss:

Beschluss:
Der Ausschuss für Kultur, Tourismus und Verkehr empfiehlt dem Bauausschuss den Einbau von Aufpflasterungen in der Uelfestraße entsprechend der Variante 3 der der Originalniederschrift beigefügten Entwurfspläne.

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	10 (SPD 3, CDU 4, FDP 1, UWG 1, pro Deutschland 1)
	Nein-Stimmen	---

Enthaltungen 2 (AL 1, Bündnis 90/Die Grünen 1)

5. Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen.

6. Mitteilungen und Fragen

Herr Schröder möchte wissen, warum das Bürgerhaus nicht für ein Ehemaligentreffen vermietet wird. Dass keine Hochzeitsfeiern und Ähnliches mehr dort stattfinden, sei bekannt. Ein Ehemaligentreffen sei aber doch was Anderes.
Herr Stark erklärt, dass das im Moment so gehandhabt wird, aber durch Herrn Funke ein neues Nutzungskonzept erstellt wird. Deshalb bittet er darum, dieses Thema bis zur übernächsten Sitzung zurückzustellen.
Herr Barg möchte wissen, warum für die Ausstellung „Gegen Rechts“ im Bürgerhaus das Einverständnis des Bürgermeisters, bzw. des Ersten Beigeordneten nötig ist.
Herr Funke merkt an, dass Herr Mans oder Herr Nipken entscheiden und es in Absprache mit dem Amtsleiter eine Zusage für die Ausstellung gegeben hat.
Durch die Information einer Bürgerin wurde bekannt, dass eine Brücke über die Westfalenstraße gesperrt ist. Dies wurde von einer Passantin aber erst bei der Überquerung der Brücke bemerkt, und sie musste den ganzen Weg wieder zurückgehen. Eine Mitteilung über die Presse wäre hier sinnvoll gewesen.
Dazu erklärt Herr Dippel, dass dieser Umstand der Verwaltung nicht bekannt gewesen sei und diese Sperrung von Straßen NRW durchgeführt wurde. Es hätte sonst eine Mitteilung gegeben.
Herr Staratschek erkundigt sich nach den Prüfaufträgen der letzten Sitzung und möchte wissen, inwieweit die Verwaltung schon tätig wurde.
Herr Knorz berichtet, dass die E-Fahrzeug-Stellplätze an der Schlossmacherstraße im 2. Quartal kommen werden. Laut Stadtwerke sollen weitere Standorte entwickelt und die Ladeinfrastruktur ausgeweitet werden. Vorschläge für neue Standorte sind: Rewe, Bereich Lifeness, Edeka Bergerhof, Wuppermarkt, Kräwinkel und Landhaus Önkfeld. Insgesamt sind das acht Standorte über das Stadtgebiet verteilt.
Die Ausschussmitglieder sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden.
Die Beschilderung (Sackgasse) in Niederdahl wurde ausgeführt.
Für die Einrichtung einer Tempo-30-Zone im Bereich Ispingrader Straße wurden Messpunkte festgelegt. Die durchgeführten Messungen müssen noch ausgewertet werden.
Für die Errichtung einer Fußgängertreppe vom Lild-Parkplatz zur Kaiserstraße sind Gespräche aufgenommen worden. Da ein Eigentümerwechsel ansteht, wird darum gebeten, dieses Thema zurückzustellen.
Die Haltestelle „Schulzentrum“ auf der Mühlenstraße wurde eingerichtet und wird genutzt.
Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.
Herr Stark schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um
18.38 Uhr.

Dietmar Stark Rosemarie Kötter
Vorsitzender

Sabine Unbehaun
Schriftführer

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter